

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Volt- Fraktion
Eingang	12.05.2021
Federführend	GBL 5

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Schule und Bildung

29.06.2021

Betreff:

**Hinzuziehung von Vertreter/innen von Schulen in freier/kirchlicher Trägerschaft
- Anfrage der Volt-Fraktion**

Frage:

„Der Ausschuss für Schule und Bildung des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließt als Kompromiss, dass die Verwaltung die verschiedenen Arbeitsschwerpunkte des Ausschusses überprüft und einen Vorschlag unterbreitet, wo anlassbezogen Vertreter/innen von Schulen in freier Trägerschaft oder in Trägerschaft der Kirchen bzw. des Kreises eingeladen werden.“

Wann ist mit einem Vorschlag der Verwaltung zu rechnen?

Antwort:

Zunächst wird angemerkt, dass durch den AfSuB keine zeitliche Vorgabe/Frist beschlossen wurde. Von Seiten der Verwaltung wurde auch kein Vorschlag zur Sitzung am 20.04.2021 oder kurzfristig zugesagt. Vielmehr wurde verdeutlicht, dass dringlichere Themen und Entscheidungen vorzubereiten sind und dass für die Beratung im AfSuB eine vorherige Beteiligung der politischen Vertreterinnen und Vertreter sinnvoll ist.

In der ersten Sitzung des AK Schulentwicklungsplanung wurde dann festgehalten, dass die Thematik und der Vorschlag zunächst im Arbeitskreis beraten werden soll. Dies soll in einer der kommenden Sitzungen geschehen. Dabei bestand Einigkeit, dass zunächst die Schulentwicklungsplanung der weiterführenden Schulen insbesondere der Gymnasien von der Verwaltung bearbeitet und im AK beraten werden soll. Die weiteren Themen wurden „hinten angestellt“.

Die eingegangene Anfrage war Anlass, sich mit dem Ausschussvorsitzenden hierzu auszutauschen. Es besteht Einigkeit zwischen dem Vorsitzenden und der Verwaltung, dass die Thematik im Arbeitskreis und dann auch im Ausschuss mit einer entsprechenden Vorlage beraten werden soll.

Allerdings war für den Ausschussvorsitzenden nachvollziehbar, dass aufgrund der Fülle an - zum Teil fristgebundener und bedeutender – Themen, die Erstellung einer sachlich fundierten Vorlage bis zur heutigen Sitzung (29.06.2021) für die Schulverwaltung schlicht nicht leistbar ist.

Die schulpolitischen Sprecherinnen und Sprecher wurden (per E-Mail) noch einmal um Verständnis gebeten, dass Themen und Aufgaben priorisiert werden müssen, um diese korrekt und fundiert zu bearbeiten. In diesem Kontext erlaube ich mir darauf hinzuweisen, dass die Schulverwaltung neben der Beschaffung und Ausstattung für unsere Schulen, der Digitalisierung, der Schülerbeförderung, der Schulentwicklungsplanung und vieler weiterer originärer Themen immer noch auch pandemiebedingte Sonderaufgaben u.a. für das Land NRW übernimmt. So wurde gerade erst die verwaltungstechnisch aufwendige Beschaffung von weiteren 400.000 Masken oder die Abwicklung der Logistik für die „Lolli-Tests“ erledigt.

Es ist weiterhin vorgesehen, zu den Schulleitungsbesprechungen die Schulleitungen der Schulen in freier Trägerschaft themen- und anlassbezogen einzuladen.